



# Plenartagung

## Vorschau - Plenartagung vom 3.-4. Dezember 2008

- Debatte über EU-Klimaschutz-Paket
- Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs
- Feierliche Sitzung mit dem Dalai Lama
- Teilnahme Israels an EU-Programmen
- Bekämpfung von Steuerbetrug
- Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa: Small Business Act
- Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft
- Zur Situation der Frauen auf dem Balkan

# Plenartagung

**Redaktion & Veröffentlichung :**

Andreas KLEINER

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (+32) 498 98 33 22

**Redaktion & Veröffentlichung :**

Katrin EICHEL

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous\\_les\\_briefing/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm)

## Schwerpunkte

Während seiner Plenartagung vom 3. und 4. Dezember wird sich das EP u.a. mit folgenden Themen befassen: dem Klimaschutz-Paket der EU (Debatte), der Verbesserung des Umfeldes für Kleine und Mittlere Unternehmen, der Bekämpfung des Steuerbetrugs, der Teilnahme Israels an EU-Programmen, der Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs sowie der künftigen globalen Architektur der Finanzmärkte und einem Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung wird am Donnerstag um 11.30h der Dalai Lama zu den Abgeordneten sprechen.

### Mittwoch:

Um 15 Uhr werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen zur **Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs** abgeben, der am 11. und 12. Dezember in Brüssel stattfinden wird.

Im Anschluss daran nehmen Rat und Kommission Stellung zur mündlichen Anfrage des Wirtschaftsausschusses zum Thema "**Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft**".

Die **Strategie der EU bezüglich Roma** ist der nächste Tagesordnungspunkt. Rat und Kommission werden Erklärungen hierzu abgeben.

Im Anschluss daran befassen sich die Abgeordneten mit der **Teilnahme Israels an EU-Programmen**. Auch hier wird es Erklärungen von Rat und Kommission geben. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt dem Plenum, dem Protokoll über die Teilnahme Israels an EU-Programmen zuzustimmen. Im Rahmen der 2004 ins Leben gerufenen **Europäischen Nachbarschaftspolitik** (ENP) gibt die EU den teilnehmenden Staaten die **Möglichkeit, sich an bestimmten Programmen und Agenturen der EU zu beteiligen**.

Ebenfalls am Mittwoch wird die französische Ratspräsidentschaft Stellung nehmen zur mündlichen Anfrage zur **Verbesserung des Umfeldes für Kleine und Mittlere Unternehmen** (Small Business Act) sowie zum **Verhaltenskodex zu Waffenexporten**.

Danach befasst sich das Plenum mit der Verordnung über eine "**Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern**" sowie der **Bekämpfung des Steuerbetrugs**.

Abschließend nimmt die EU-Kommission Stellung zur **Umsetzung der EU-Chemikalienpolitik REACH**.

Letzter Tagesordnungspunkt am Mittwoch ist die Debatte über einen Bericht, der sich mit der **Situation der Frauen auf dem Balkan** befasst. Nach wie vor werden Frauen in der Balkanregion auf vielen Ebenen benachteiligt, so der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.

### Donnerstag:

Am Vormittag wird das EP über das **Klimaschutz-Paket der EU** debattieren. Zuvor werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen abgeben. Derzeit laufen zwischen EP und Ministerrat die Verhandlungen, um das Klimapakete in erster Lesung (während der EP-Sitzung vom 15.-18. Dezember) zu verabschieden.

Um 11.30h wird der **Dalai Lama** im Rahmen einer feierlichen Sitzung zu den Abgeordneten sprechen.

# Plenartagung

Am Donnerstag wird das EP u.a. auch über einen Managementplan zur Reduzierung der zunehmenden Schäden durch Kormorane für Fischbestände, Fischerei und Aquakultur abstimmen. (Bericht Kindermann)

## Inhaltsverzeichnis

Vorschau - Plenartagung vom 3.-4. Dezember 2008.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
Umwelt.....	6
Debatte über EU-Klimaschutz-Paket .....	6
Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Durchführung von REACH.....	8
Europäischer Rat.....	9
Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs .....	9
Institutionen.....	10
Feierliche Sitzung mit dem Dalai Lama.....	10
Außenbeziehungen.....	11
Teilnahme Israels an EU-Programmen .....	11
Steuerwesen.....	12
Bekämpfung von Steuerbetrug.....	12
Entwicklung und Zusammenarbeit.....	14
Kampf gegen die Nahrungsmittelkrise.....	14
Wettbewerb.....	16
Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa: Small Business Act.....	16
Wirtschaft und Währung.....	17
Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft.....	17
Rechte der Frau/Chancengleichheit.....	18
Zur Situation der Frauen auf dem Balkan .....	18
Justiz und Inneres.....	20
Europäische Roma-Strategie .....	20
Außenhandel/internationaler Handel.....	21
Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen mit Korea.....	21
Fischerei.....	23
Zunehmende Schäden durch Kormorane.....	23
Entwurf der Tagesordnung für die Tagung.....	25
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	27
Abkürzungen.....	27
Fraktionen.....	27
Fraktionen im Europäischen Parlament.....	28

## Umwelt

### Debatte über EU-Klimaschutz-Paket

**Am Vormittag des 4. Dezember wird das EP über das Klimaschutz-Paket der EU debattieren. Zuvor werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission Erklärungen abgeben. Derzeit laufen zwischen EP und Ministerrat die Verhandlungen, um das Klimapakete in erster Lesung (voraussichtlich am 17. Dezember) zu verabschieden.**

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen der Union um 20 Prozent zu reduzieren (um 30 Prozent im Falle eines internationalen Übereinkommens) und den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20 Prozent zu steigern. Der Klimaschutz wird von der europäischen Bevölkerung als zweitwichtigstes Thema nach der weltweiten Armut beurteilt, wie eine aktuelle Eurobarometer-Meinungsumfrage zeigt. Die bisherigen Anstrengungen zum Klimaschutz werden laut der Umfrage von den Bürgern als noch nicht ausreichend beurteilt. Für ihre ambitionierten Klimaschutz-Ziele bekommt die EU damit starke Rückendeckung aus der Bevölkerung.

#### Die Teile des Klimaschutz-Pakets der EU

##### **Richtlinie über erneuerbare Energien**

Um den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung, beim Heizen und Kühlen von Gebäuden sowie im Verkehrssektor in der EU auf insgesamt mindestens 20 % zu erhöhen, setzt die neue Richtlinie genaue Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten. So soll Deutschland beispielsweise den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch von 5,8 % (2005) auf 18 % im Jahr 2020 steigern.

Der Richtlinienvorschlag sieht außerdem vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrssektor bis 2020 auf mindestens 10 % erhöht werden soll. Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt dieses Ziel, setzt sich jedoch dafür ein, dass mindestens 40 % dieses Anteils aus nachhaltigeren Quellen als traditionellen Biokraftstoffen stammen sollten: 2020 sollen Wasserstoff, Elektrizität aus erneuerbarer Energie und Biokraftstoffe der zweiten Generation, die beispielsweise aus Abfall oder Algen gewonnen werden, mindestens 4 % aller Kraftstoffe ausmachen.

Für die traditionellen Biokraftstoffe der ersten Generation, die aus Energiepflanzen wie Raps oder Zuckerrohr gewonnen werden und daher in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen, legt die Richtlinie Nachhaltigkeitskriterien fest, wie z.B. die Einsparung von Treibhausgasen gegenüber fossilen Kraftstoffen.

Berichtersteller für den federführenden Industrieausschuss ist Claude TURMES (Grüne/EFA, Luxemburg).

##### **Verordnung über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen**

Der Verordnungsvorschlag sieht einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Grenzwert für alle in der EU produzierten Neuwagen vor. Kontrovers diskutiert werden sowohl die Grenzwerte selbst als auch Übergangszeiten und mögliche Strafzahlungen bei Überschreitung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte.

Der Umweltausschuss möchte an dem Grenzwert von 120 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer bis 2012 sowie schärferen Sanktionen festhalten. 130g/km sollen durch Verbesserungen in der Motorentechnologie erreicht werden, weitere 10g/km durch andere technische Maßnahmen, etwa bessere Reifen oder die Nutzung von Biokraftstoffen. Der Umweltausschuss lehnte Forderungen des Industrieausschusses nach Übergangsfristen für die Autoindustrie bis 2015 ab. Die Abgeordneten unterstützten den Kommissionsvorschlag, wonach ab 2012 die Autohersteller, die das Ziel nicht erreichen, für jedes zuviel emittierte Gramm CO<sub>2</sub> Strafen zahlen,

wobei die Strafen schrittweise angehoben werden sollen, bis sie im Jahr 2015 den Wert von 95 Euro pro Gramm erreichen sollen.

Der Umweltausschuss verständigte sich darüber hinaus auf ein Langzeitziel: ab dem 1. Januar 2020 dürfen die Emission nicht mehr als 95g CO<sub>2</sub> pro km betragen, zu erreichen durch Verbesserungen in der Motortechnologie.

Der Berichtentwurf wurde im Umweltausschuss am 25. September 2008 mit 46 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen angenommen.

Berichtersteller für den federführenden Umweltausschuss: Guido SACCONI (SPE, Italien).

## **Richtlinie über die Dritte Phase des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS)**

Die grundlegende Idee des Emissionszertifikatehandels (ETS) ist, Umwelt-Kosten, die durch Emissionen entstehen, zu "bepreisen". So werden Umweltinvestitionen, die zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen, auch wirtschaftlich attraktiver. Der Entwurf für die dritte Phase des europäischen ETS ab 2013 zielt auf Verbesserungen, Vereinheitlichung und vor allem auf eine Ausweitung des ETS auf weitere Industriesektoren und Treibhausgase ab. Die Treibhausgasemissionen der meisten industriellen Sektoren sollen bis 2020 um 21 % (verglichen mit 2005) gesenkt werden.

Der Umweltausschuss hat in seiner Abstimmung den Kommissionsvorschlag in seinen Grundzügen unterstützt, auch die Idee, die freie Zuteilung von Emissionsrechten auslaufen zu lassen und nach und nach eine vollständige Auktion der Rechte einzuführen, wobei es jedoch Ausnahmen für energieintensive Sektoren geben soll. Die Abgeordneten fordern, dass die Einnahmen aus der Auktion der Emissionsrechte für Klimaschutzmaßnahmen innerhalb und außerhalb der EU eingesetzt werden.

2013 sollen nach Ansicht der Abgeordneten 85 % aller Emissionszertifikate frei zugeteilt werden; die Kommission hatte 80 % vorgeschlagen. 2020 sollen dann alle Zertifikate versteigert werden.

Berichterstellerin für den federführenden Umweltausschuss ist Avril DOYLE (EVP-ED, Irland).

## **Entscheidung über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten ihre Emissionen in nicht vom ETS erfassten Sektoren zu reduzieren**

Heizungen und Klimaanlage, Verkehr, kleine Industrieanlagen, die Dienstleistungsbranche sowie die Landwirtschaft sind zusammen für die Hälfte der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher sollen die EU-Staaten über das ETS-System hinaus entsprechend ihres Bruttoinlandsprodukts den Ausstoß an Treibhausgasen prozentual verringern. Ziel ist es, bis 2020 die Emissionen im Durchschnitt um 10 % zu reduzieren.

Der Umweltausschuss hat die vorgeschlagenen nationalen Ziele unterstützt, die von -20 % bis +20 % reichen. Über den Kommissionsvorschlag hinaus fordern die Abgeordneten die Einführung von EU-Langzeitzielen: bis 2035 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 35 % reduziert werden und bis 2050 um 60 bis 80 % (verglichen mit 1990). Die Abgeordneten fordern weiterhin die Einführung eines (von der Kommission nicht vorgesehenen) Sanktionsmechanismus, falls die Mitgliedstaaten die Ziele der Richtlinie nicht erfüllen.

Berichterstellerin ist Satu HASSI (Grüne/EFA, Finnland).

## **Richtlinie zur Abtrennung und geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub>**

Mittels der so genannten CO<sub>2</sub>-Sequestrierung können Kraftwerke und Industrie-Anlagen zukünftig Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) auffangen und permanent unterirdisch lagern statt es in die Atmosphäre abzugeben. Der Richtlinienvorschlag schafft einen europäischen Rechtsrahmen für die Genehmigung solcher CO<sub>2</sub>-Lagerstätten.

Der Umweltausschuss hat eine "Leistungsnorm für CO<sub>2</sub>-Emissionen" in den Richtlinienvorschlag eingefügt,

die für alle neuen Kraftwerke mit einer Kapazität von mehr als 300 Megawatt gelten soll. Von 2015 an dürfen solche großen Kraftwerke nur noch maximal 500 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde ausstoßen - eine Obergrenze, die mittels der geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub> erreicht werden kann. Die Abgeordneten möchten darüber hinaus 12 Demonstrationsprojekte teilweise über das Emissionshandelssystem finanzieren.

Berichterstatter für den federführenden Umweltausschuss ist Chris DAVIES (ALDE, Großbritannien).

## **Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Durchführung von REACH**

**Die Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema: "Vorregistrierung von "Phase-in"-Stoffen gemäß der REACH-Verordnung".**

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Vorregistrierung von "Phase-in"-Stoffen gemäß der REACH-Verordnung

In der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) ist festgelegt, dass Unternehmen „Phase-in“-Stoffe bis zum 1. Dezember vorregistrieren lassen müssen, um von den Übergangsregeln profitieren zu können. Die Europäische Agentur für chemische Stoffe teilt nun auf ihrer Website mit, dass die Zahl der Vorregistrierungen, die bei der Agentur eingegangen sind, unerwartet hoch ist, und dass eine steigende Zahl von Unternehmen über Schwierigkeiten beim Einloggen und über die langen Antwortzeiten zu den Stoßzeiten klagt. Kann die Kommission dem Parlament über den abschließenden Stand des Vorregistrierungsverfahrens und über die Schwierigkeiten, die die Europäische Agentur für chemische Stoffe bei der Entgegennahme der enormen Zahl von Vorregistrierungen hatte, Auskunft geben? Was haben die Europäische Agentur für chemische Stoffe und die Kommission unternommen, um sicherzustellen, dass die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass die Unternehmen ihrer Verpflichtung zur Vorregistrierung bis zum 1. Dezember nachkommen können?"

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung*

*Guido Sacconi, Satu Hassi, John Bowis, Chris Davies, Jens Holm, Johannes Blokland - O-0131/08*

*Mittwoch, 3.12.2008*

## Europäischer Rat

### **Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs**

**Die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen zur Vorbereitung des Europäischen Rats abgeben.**

Am Mittwoch um 15 Uhr geben die Kommission und die französische Ratspräsidentschaft Erklärungen zur Vorbereitung des am 11. und 12. Dezember in Brüssel stattfindenden Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs ab.

*Mittwoch, 3.12.2008*

## Institutionen

### Feierliche Sitzung mit dem Dalai Lama

**Am Donnerstag um 11.30h wird der Dalai Lama im Rahmen einer feierlichen Sitzung zu den Abgeordneten sprechen. Die Rede des Dalai Lama findet im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs statt.**

Ein Gipfeltreffen zwischen der EU und China, das für den 1. Dezember vorgesehen war, wurde von der chinesischen Regierung abgesagt. Wegen der Europareise des Dalai Lama hätte die chinesische Regierung um eine Verschiebung des Treffens gebeten, erklärte die französische Ratspräsidentschaft.

Anlässlich des Europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs haben bereits der Großmufti von Syrien, Ahmad Bader Hassoun, die UN-Sonderberichterstatterin Asma Jahangir, der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I, Jorge Sampaio, der Hohe Vertreter der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen, sowie Sir Jonathan Sacks, der Oberrabbiner der "United Hebrew Congregations of the Commonwealth", vor dem Plenum gesprochen.

Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs soll Menschen in Europa dazu ermutigen, sich aktiv auf andere Kulturen und Lebensentwürfe einzulassen, sowohl innerhalb ihres persönlichen Lebensumfelds als auch im Austausch mit anderen Ländern. Insbesondere junge Menschen sollen verstärkt dazu angeregt werden, einen aktiven und weltoffenen Bürgersinn zu entwickeln. Respekt für kulturelle Unterschiede soll gefördert und die kulturelle Vielfalt als Bereicherung erlebbar gemacht werden.

*Feierliche Sitzung  
Donnerstag, 4.12.2008*

## Außenbeziehungen

### Teilnahme Israels an EU-Programmen

**Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt dem Plenum, dem Protokoll über die Teilnahme Israels an EU-Programmen zuzustimmen. Im Rahmen der 2004 ins Leben gerufenen Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gibt die EU den teilnehmenden Staaten die Möglichkeit, sich an bestimmten Programmen und Agenturen der EU zu beteiligen. Die Teilnahme muss ausdrücklich beantragt werden und unterliegt einem genau vorgegebenen Verfahren.**

Die Teilnahme der ENP-Staaten erfolgt auf der Grundlage von Einzelfallentscheidungen und unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Staates. Der mit der Teilnahme an einem Programm verbundene finanzielle Beitrag hängt von programmspezifischen Kriterien ab und wird von dem Partnerland übernommen oder, in bestimmten Fällen, aus dem EU-Haushalt bestritten, wodurch alle ENP-Staaten unterschiedslos an einem Programm teilnehmen können, erklärt Berichterstatterin Véronique DE KEYSER (SPE, Belgien).

Die Teilnahme an den Programmen der Gemeinschaft muss von dem betreffenden Staat ausdrücklich beantragt werden und unterliegt einem genau vorgegebenen Verfahren: Aushandlung eines dem Zustimmungsverfahren unterworfenen Rahmenkonzepts, danach für jeden Antrag auf Teilnahme an einem Programm Ausarbeitung eines „Memorandum of Understanding“, das von den Parteien unterzeichnet wird. Nicht alle Programme der Gemeinschaft sind betroffen, da die Zielsetzungen und vor allem die Satzungen bestimmter Programme dies nicht erlauben. Es gibt insgesamt drei Kategorien von Programmen: solche, die eine Teilnahme erlauben, solche, bei denen eine Zusammenarbeit möglich ist und solche, bei denen jede Art von Teilnahme und Zusammenarbeit ausgeschlossen ist.

Der Staat Israel arbeitet bereits seit vielen Jahren an EU-Programmen mit, deren Satzungen eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten erlauben, wie dem Forschungsrahmenprogramm, an dem Israel seit der vierten Auflage beteiligt ist. Die EU ist im Übrigen die zweitwichtigste Finanzierungsquelle der Forschung in Israel, und Israel beabsichtigt, mit 440 Millionen Euro zum siebten Forschungsrahmenprogramm (Zeitraum 2007 – 2013) beizutragen.

Außerdem ist Israel der erste ENP-Staat, der eine Teilnahme an EU-Programmen, insbesondere an dem Programm „Competitiveness and Innovation Framework Programme“, beantragt hat. Dieses Programm besteht aus drei Teilen; in Bezug auf den ersten Teil wurde bereits eine Vereinbarung unterzeichnet, die Verhandlungen über die Teilnahme an den beiden anderen Teilen laufen noch.

Israel hat darüber hinaus sein Interesse an den Programmen „Culture“ und „Media 2007“ bekundet. Hinsichtlich dieser beiden Programme gibt es jedoch noch ein Problem, denn um daran teilnehmen zu können, muss der betreffende Staat die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt ratifiziert haben. Da der Staat Israel diese Konvention noch nicht ratifiziert hat, kann er derzeit keine Schritte im Hinblick auf eine Teilnahme an diesen Programmen unternehmen, so Véronique de Keyser.

*Berichterstatterin: Véronique DE KEYSER (SPE, Belgien)*

*Bericht: A6-0436/2008 - Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft*

*Verfahren: Zustimmungsverfahren*

*Aussprache: Mittwoch, 3.12.2008*

*Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Steuerwesen

### Bekämpfung von Steuerbetrug

**Die EU will stärker gegen Steuerbetrug vorgehen. Dieser führe in den Mitgliedstaaten zu erheblichen Einnahmeausfällen und beeinträchtige das Funktionieren des Binnenmarktes. Auch sei der Betrug häufig grenzübergreifend organisiert. Eine koordinierte Strategie zur besseren Bekämpfung des Problems wird deshalb für notwendig erachtet, vorgesehen ist eine Änderung der Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen.**

Steuerbetrug – auch wenn er weitgehend in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt – sei kein Problem, "das ausschließlich auf nationaler Ebene gelöst werden kann", so Berichterstatter José Manuel GARCÍA-MARGALLO Y MARFIL (EVP-ED, Spanien). Der Kampf gegen Steuerbetrug müsse eine Priorität für die EU darstellen und erfordere eine engere Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und der Kommission.

#### Doppelstrategie

Das System für den Informationsaustausch im Rahmen der Mehrwertsteuer-Übergangsregelung, das bei der Verwirklichung des Binnenmarktes eingeführt wurde, reiche nicht mehr aus, um den Steuerbetrug bei innergemeinschaftlichen Umsätzen wirksam zu bekämpfen, so der Vorschlag der Kommission.

In diesem Sinn hat die Kommission eine Doppelstrategie erarbeitet: Zum einen sollen Überlegungen über eine tiefgreifende Reform des Mehrwertsteuer-Systems angestellt werden; zum anderen ist von einer Reihe "herkömmlicher Maßnahmen" die Rede, d.h. von Änderungen der Mehrwertsteuer-Regelung, die keine grundlegenden Änderungen des geltenden Systems bedingen und auf technische Verbesserungen abzielen.

So soll etwa der Erklärungszeitraum für die Sammlung von Informationen über die innergemeinschaftlichen Umsätze auf einen Monat und die Frist für die Übermittlung solcher Informationen zwischen den Mitgliedstaaten auf höchstens einen Monat verkürzt werden.

#### Legislatives Paket wünschenswert

Der Berichterstatter stimmt dem Vorschlag der Kommission prinzipiell zu, bekräftigt jedoch, dass die vorgeschlagenen legislativen Maßnahmen nur ein Teil der Arbeit seien, die zu leisten bleibt. "Es wäre wünschenswert, dass die Kommission in Zukunft ihre Vorschläge in Form eines umfassenden legislativen Pakets unterbreitet, was sicherlich der Qualität der Rechtsvorschriften zugute kommen würde", so García-Margallo y Marfil.

Die Änderungsvorschläge des Ausschusses für Wirtschaft und Währung beinhalten den Vorschlag für die Ausarbeitung eines Bewertungsberichts über die Auswirkungen der neuen formalen Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf die Verwaltungskosten sowie die Wirksamkeit der Bekämpfung von Steuerbetrug. Zudem solle die Rolle der Kommission bei der Ausarbeitung der Analyse und beim Austausch bewährter Praktiken gestärkt werden. Das auf die Durchführungsmaßnahmen anwendbare Verfahren solle präzisiert und der Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Informationsaustausch eingeschränkt werden.

*Berichterstatter: José Manuel GARCÍA-MARGALLO Y MARFIL (EVP-ED, Spanien)*

*Bericht: Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen*

# Plenartagung

*Verfahren: Konsultationsverfahren  
Aussprache: Mittwoch, 3.12.2008  
Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Entwicklung und Zusammenarbeit

### Kampf gegen die Nahrungsmittelkrise

**Karge Ernten, hohe Lebensmittelpreise, Hungerrevolten: Die dramatische Nahrungsmittelkrise droht Hunderte Millionen Menschen in extreme Armut zu treiben. Gefordert sei nun verstärkte Solidarität mit den Betroffenen, so der Entwicklungsausschuss. Die EU reagiert mit einer Verordnung zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern. Ungeachtet der Gründe für die Krise sei es unerlässlich, eine kohärente, koordinierte und effektive Reaktion zu entwickeln.**

"Bei einer Lebensmittelkrise geht es um wirkliches Leid, nicht nur um Schlagzeilen", so Berichterstatter Gay MITCHELL (EVP-ED, Irland). Angesichts einer derart schwierigen Situation würden die europäische Öffentlichkeit sowie die Weltöffentlichkeit es nicht verstehen, wenn freie Mittel aus dem EU-Haushalt nicht zu diesem Zweck verwendet würden. "Die Gesetzgeber dürfen ihre Verantwortung gegenüber der Welt nicht vergessen".

#### Zweifache Antwort auf die Nahrungsmittelkrise

Im Rahmen der von der Kommission vorgeschlagenen "Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in den Entwicklungsländern" werden insbesondere Finanzmittel für den verbesserten Zugang zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Dienstleistungen vorgesehen. Ferner wird angestrebt, "Maßnahmen zur Schaffung von Sicherheitsnetzen, die auf die Erhaltung und den Ausbau der landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und auf die Deckung des Grundnahrungsmittelbedarfs der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen (z.B. in Form von Nahrungsmittelgutscheinen für Schulkinder) abzielen" zu unterstützen. Durch diese beiden Aspekte würden die derzeit dringlichsten Bedenken abgedeckt, so Mitchell.

#### Unterscheidung zwischen kurz- und mittelfristigen Zielen

Es sei jedoch wichtig, zwischen Maßnahmen mit unmittelbarem, kurzfristigem Charakter, wie der Schaffung eines sozialen Sicherheitsnetzes, und eher strukturellen Maßnahmen zu unterscheiden, die eine nachhaltigere Lösung der Krise anstreben: Einerseits gehe es um Maßnahmen, die im Einklang mit den Zielen der Ernährungssicherheit sowie den UN-Standards für Ernährungserfordernisse rasch und direkt sowie kurzfristig auf den Nahrungsmittelbedarf reagieren und zur Minderung der nachteiligen Auswirkungen der hohen Nahrungsmittelpreise beitragen. Auf der anderen Seite gehe es um die Förderung einer positiven kurz- bis mittelfristigen Angebotsreaktion der Landwirtschaft mit einem nachhaltigen Anstieg der Produktivität des Agrarsektors im Kontext einer mittelfristigen Gesamt-Entwicklung.

#### Europäische Entwicklungspolitik

Die derzeitige Entwicklungspolitik der Europäischen Union habe ihre Unterstützung für den Agrarsektor und insbesondere die Nahrungsmittelindustrie allzu lange vernachlässigt, die neue Entwicklungshilfe müsse nun so gestaltet werden, dass sie die Versorgung der lokalen Bevölkerungen mit Nahrungsmitteln sichert, wobei zu vermeiden sei, dass eine ausschließlich auf Exporte von Rohstoffen in Industrieländer ausgerichtete Landwirtschaft entsteht.

Die Finanzmittel im Rahmen der neuen Verordnung sollen zudem einen zusätzlichen Charakter besitzen. Eine Abschwächung der Krise im Hinblick auf hohe Lebensmittelpreise solle nicht auf Kosten der Entwicklungsmaßnahmen in anderen notwendigen Bereichen gehen.

## Finanzierung und Dringlichkeit

Der Vorschlag der Kommission, einen Fonds über eine Mrd. Euro als Reaktion auf die Lebensmittelkrise zu schaffen, sei ein bedeutender und gerade rechtzeitig erfolgter Beitrag, um dieser dringenden Herausforderung zu begegnen, so Mitchell.

Bei dem derzeit weltweit knappen Angebot an Nahrungsmitteln und dem starken Preisanstieg - einer Situation, die über die nächsten Jahren fortbestehen könne - sei es angebracht, die Entwicklungshilfeeinstrumente zu verstärken.

Angesichts der Dringlichkeit dieser Angelegenheit sowie der Tatsache, dass ein Teil der Finanzmittel aus dem Haushaltsplan 2008 stammt und bis Ende des Jahres gebunden sein muss, solle die Beschlussfassung über diese Verordnung besonders beschleunigt werden.

*Berichtersteller: Gay MITCHELL (EVP-ED, Irland)*

*Bericht: A6-0396/2008 Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung*

*Aussprache: Mittwoch, 3.12.2008*

*Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Wettbewerb

### Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa: Small Business Act

**Der Rat wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema: "Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa: Small Business Act".**

Nachfolgende finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Auf dem Weg der Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa - "Small Business Act"

Kann der Rat in Anbetracht der Bedeutung der KMU für Europas Wirtschaft und ihres Beitrags zur Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Beschäftigung – die KMU stellen über 100 Millionen Arbeitsplätze, tragen zum Wirtschaftswachstum bei, haben großes innovatives Potenzial, fördern die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die regionale Entwicklung – folgendes angeben:

1. Kann er dem Europäischen Parlament bestätigen, dass er beabsichtigt, die europäische Regelung für Kleinunternehmen ("Small Business Act") auf dem Europäischen Rat formell zu billigen, um die notwendige umfassende Sichtbarkeit und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einhaltung ihrer Grundsätze zu gewährleisten?
2. Kann er bestätigen, dass er beabsichtigt, die Fortschrittsberichte über den "Small Business Act" in die jährlichen Berichte über die Reformprogramme im Rahmen der Lissabon-Strategie als ein neues eigenständiges Kapitel aufzunehmen?
3. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt der Rat durchzuführen, um zu gewährleisten, dass die positive Wirkung des Unternehmensumfelds durch den Grundsatz "Think Small First" ("Vorfahrt für KMU") auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene einen wirklichen Unterschied machen wird?
4. Die KMU spielen vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft. Welche Maßnahmen plant der Rat, um für KMU einen nachhaltigen Zugang zu Finanzmitteln zu ermöglichen?"

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung*

*Edit Herczog, Nicole Fontaine - O-0113/2008*

*Mittwoch, 3.12.2008*

## Wirtschaft und Währung

### **Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft**

**Rat und Kommission werden Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema: "Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft".**

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft

Die weltweite Finanzkrise und Konjunkturabschwächung machen umfassende Reformen der Regulierung und Kontrolle der europäischen Finanzmärkte sowie weltweite Lösungen und ein gemeinsames Grundsatzpaket erforderlich. In seiner Entschließung P6\_TA(2006)0076 zu der strategischen Überprüfung des Internationalen Währungsfonds (März 2006) forderte das Europäische Parlament eine umfassende Reform der Institutionen von Bretton Woods zur Förderung ihrer Legitimität und Effizienz. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass sie die internationale Wirtschaftslage widerspiegeln, und es sollte für eine Neuorientierung der IWF-Maßnahmen gesorgt werden. Das Europäische Parlament hob die Schlüsselrolle des IWF bei der Stabilisierung der weltweiten Wechselkursschwankungen hervor, wobei er als Kreditgeber letzter Instanz für Länder fungiert, die gravierende Zahlungsbilanzprobleme haben, und die Finanzmarktentwicklungen und -auswirkungen auf die innerstaatliche und weltweite Finanzstabilität analysiert und überwacht. In diesem Zusammenhang stellt der G20-Gipfel am 15. November 2008 eine wichtige Gelegenheit zur Förderung der internationalen finanziellen Zusammenarbeit und Reform der globalen Finanzarchitektur dar. Das Europäische Parlament begrüßt diese Initiative und ist u.a. der Ansicht, dass internationale Einrichtungen für die Festlegung von Standards (z.B. das FSF) global denken müssen, wenn sie mögliche Verbesserungen der Aufsicht und Leitung aller Finanzinstitute, prozyklische Effekte und Regeln der Rechnungslegung prüfen. Das Europäische Parlament bedauert, dass der Vorsitzende der Eurogruppe nicht zur Teilnahme an dieser Veranstaltung eingeladen wurde, und fordert, dass künftig der Ratsvorsitz und der Vorsitzende der Eurogruppe die Europäische Union in solchen Gremien vertreten. Kann die Kommission mitteilen, ob sie die Auffassung teilt, dass die EU international eine stärkere Stimme hätte, wenn sie in diesen Bereichen grundlegende Reformen durchführen würde, und ob sie die Idee unterstützt, dass die EU in allen relevanten internationalen Gremien mit einer Stimme spricht? Kann sie ferner Angaben über den Beitrag des G20-Gipfels zu dieser Agenda machen und darüber, wie die EU besser auf den nächsten Schritt dieses Prozesses vorbereitet werden sollte?

Aus den jüngsten Wirtschaftsprognosen der Kommission lassen sich schwerwiegende Auswirkungen der Finanzkrise auf die reale Wirtschaft ablesen. Wie weit ist der Fahrplan für einen europäischen Plan zur Sanierung der Wirtschaft gediehen, wie er vom Ecofin-Rat gefordert wird? Beabsichtigt sie, eine Rolle bei der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Rettungspakete der Mitgliedstaaten, bei ihrer Koordinierung und bei der Überwachung ihrer Durchführung zu spielen? Welches Maß an Flexibilität wird der in ihrer Mitteilung vom 29. Oktober erwähnte Stabilitäts- und Wachstumspakt aufweisen?"

*Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung*

*Pervenche Bers - O-0124/08 (Rat), O-0125/08 (Kommission)*

*Mittwoch, 3.12.2008*

## Rechte der Frau/Chancengleichheit

### Zur Situation der Frauen auf dem Balkan

**Nach wie vor werden Frauen auf dem Balkan auf vielen Ebenen benachteiligt. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter legt angesichts dessen einen Bericht über die Situation der Frauen dort vor. Ziel sei die Bewertung von Geschlechterfragen und der Situation der auf dem Balkan lebenden Frauen. Geografisch konzentriert sich der Bericht auf die Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer.**

"Diese Länder haben in den letzten beiden Jahrzehnten dramatische Veränderungen erlebt", so Berichterstatterin Zita GURMAI (SPE, Ungarn). Der Prozess der demokratischen Stabilisierung sei im Gange, doch bleibe noch "viel zu tun". Der Bericht betont, dass "die Weiterführung der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und der Aufbau demokratischer Institutionen in den Balkanländern die aktive Beteiligung von Frauen erfordern." Jedoch würden Gesetze und Praktiken zur Gleichstellung der Geschlechter nicht voll und ganz garantiert.

#### **Rolle der Frau in vielen Bereichen problematisch**

Der Bericht spricht eine Reihe von Problemen an, etwa die Rolle der Frau auf dem Arbeitsmarkt: Die Abgeordneten fordern die Regierungen der Balkanländer auf, einen Rechtsrahmen für die gerechte Entlohnung beider Geschlechter zu schaffen und Frauen bei der Vereinbarung von Privat- und Berufsleben zu unterstützen.

Auch die Bekämpfung von Klischees insbesondere im Schulwesen, in den Medien (Fernsehen, Bücher, Zeitungen und Hörfunk) und im Internet müsse in Angriff genommen werden. Die Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer des Balkans werden zudem aufgerufen, für die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Vorurteilen gegen Frauen zu sorgen, die, wie vor allem Roma-Frauen, mehrfacher Diskriminierung unterliegen.

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen solle Gleichstellungsfragen in den Balkanstaaten beobachten und dabei besonderes Augenmerk auf die Kandidatenländer legen. Auch sollten Frauen nicht mehr nur als Kriegs- und Konfliktopfer betrachtet werden, sondern sie könnten und sollten Gestalterinnen von Frieden und Stabilisierung sein, so der Ausschuss.

#### **Gewalt gegen Frauen**

Frauen seien nach wie vor häufig Opfer von Gewalt, konstatieren die Abgeordneten. Die Balkanstaaten werden aufgerufen, rasch Maßnahmen zur Verhütung von Prostitution, insbesondere von Kindern, sowie von Pornografie zu ergreifen. Auch häusliche Gewalt und verbale Beleidigung seien nach wie vor weit verbreitet, man müsse Maßnahmen ergreifen, um die Opfer zu schützen und sicherzustellen, dass die Vollzugsbehörden, Rechtsbehörden und öffentlichen Bediensteten aufmerksamer mit solchen Übergriffen umgehen.

Auch die allgemeinen unzureichenden Gesundheitsinfrastrukturen vor allem in ländlichen Gebieten werden angesprochen: Es gebe Krankheiten, für die Frauen besonders anfällig seien, etwa Gebärmutterhalskrebs und Brustkrebs. Die Regierungen werden aufgefordert, für ein routinemäßiges Screening zu sorgen.

*Berichterstatterin: Zita GURMAI (PSE, Ungarn)*

*Bericht: A6-0435/2008 - Situation der Frauen auf dem Balkan*

*Verfahren: INI (Initiativbericht)*

# Plenartagung

*Aussprache: Mittwoch, 3.12.2008*

*Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Justiz und Inneres

### Europäische Roma-Strategie

**Rat und Kommission geben Erklärungen zur EU-Strategie für die Roma ab.**

Am Mittwoch werden der Rat und die Kommission Erklärungen zur Strategie der EU hinsichtlich der Roma abgeben.

*Mittwoch, 3.12.2008*

## Außenhandel/internationaler Handel

### Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen mit Korea

**Das Parlament wird sich mit einem Bericht über das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Korea und der Europäischen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen befassen. Anfang 2008 wurde ein Abkommen über die formelle Zusammenarbeit zwischen der EU und Korea abgeschlossen, das durch die Förderung der Kooperation zwischen den Wettbewerbsbehörden einen Beitrag zur wirksamen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts leisten soll.**

Die Verflechtung der Volkswirtschaften nehme immer mehr zu, so der Bericht von David MARTIN (SPE, Großbritannien). Somit erhöhe sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass wettbewerbswidrige Verhaltensweisen mehr als einen Markt betreffen und "die Maßnahmen einer Wettbewerbsbehörde Auswirkungen für andere haben könnten." Der Bericht unterstützt deshalb die Zusammenarbeit von Wettbewerbsbehörden. So sollen öffentliche Interessen geschützt werden, und die nationalen Behörden wettbewerbswidrige Aktivitäten bekämpfen können, die sich nicht auf ihr Land beschränken.

#### **Bedeutung der Partnerschaft mit Korea**

Korea ist der viertgrößte Handelspartner der EU außerhalb Europas und die EU ist ihrerseits der größte ausländische Investor in Korea. "Angesichts der zunehmenden Bedeutung dieser Partnerschaft scheint es angemessen, dass die EG mit Korea ein solches Abkommen abschließt", so David Martin. Bislang bestehen formelle Abkommen über die Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen mit den Vereinigten Staaten (unterzeichnet 1991), Kanada (1999) und Japan (2003). Das vorgeschlagene Abkommen sieht vor, dass sich die Wettbewerbsbehörden gegenseitig über Durchsetzungsmaßnahmen informieren, die sich auf wichtige Interessen der anderen Vertragspartei auswirken könnten. So soll ein Rahmen für eine wirksame Zusammenarbeit geschaffen werden. Häufigere Kontakte und ein verstärkter Austausch von Informationen könnten das notwendige Vertrauen schaffen, um ein hohes Maß an gegenseitiger Unterstützung sicherzustellen.

#### **Mehr Kohärenz**

Der Bericht verlangt, dass Wettbewerbsklauseln mit jenen des spezifischen Wettbewerbsabkommens kohärent sein und dieses stützen müssen. Die EU und Südkorea sollen mit dem Inkrafttreten des Kooperationsabkommens das Wettbewerbsrecht und die Zuständigkeit der Behörden der jeweils anderen Vertragspartei anerkennen, so dass handelspolitische Schutzinstrumente von beiden Vertragsparteien so selten wie möglich eingesetzt werden müssen.

#### **Ziel: gemeinsame Sozial- und Umweltstandards**

Es wird des Weiteren darauf hingewiesen, dass das letztendliche Ziel die Durchsetzung der vereinbarten Sozial- und Umweltstandards ist. Dies bedeute, dass das Kapitel nachhaltige Entwicklung mit wirksamen Durchsetzungsmechanismen ausgestattet werden sollte. David Martin hebt hervor, dass ein Forum für Handel und nachhaltige Entwicklung, das sich aus Vertretern von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie von Nichtregierungsorganisationen zusammensetzt, eine nützliche Rolle spielen könnte, um sicherzustellen, dass eine größere Marktöffnung mit strengeren Sozial- und Umweltstandards einhergeht. Ein umfassendes, ehrgeiziges und ausgewogenes Abkommen sollte im Kontext des allgemeinen Rahmens der bestehenden Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Korea sowie der laufenden Verhandlungen, insbesondere der Verhandlungen über ein mögliches Freihandelsabkommen, geprüft

werden.

*Berichtersteller: David MARTIN (PSE, Großbritannien)*

*Bericht: A6- /2008 - Abkommen Republik Korea/EG über die Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen*

*Verfahren: Konsultationsverfahren*

*Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Fischerei

### Zunehmende Schäden durch Kormorane

**Das Parlament wird sich mit einem Managementplan zur Reduzierung der zunehmenden Schäden durch Kormorane für Fischbestände, Fischerei und Aquakultur befassen. Die starke Ausbreitung dieser Wasservögel habe in vielen Gebieten der EU zu unmittelbaren Auswirkungen auf die lokale Fischpopulationen bzw. die Fischerei geführt. Kormorane sind, so der Ausschuss für Fischerei, zu einem europaweiten Problem geworden.**

Kormorane hätten in vielen Mitgliedstaaten der Union nachweislich dauerhafte Schäden an der Vegetation in bestimmten Gebieten verursacht. Der von Heinz KINDERMANN (SPD) verfasste Bericht ruft deshalb dazu auf, einen mehrstufigen europäisch koordinierten Bestandsmanagementplan für Kormorane vorzulegen, der diese langfristig in die Kulturlandschaft integrieren soll.

#### Problemvogel Kormoran

Kormorane sind mittelgroße bis große Wasservögel, die sich ausschließlich von Fischen ernähren, bei einem täglichen Nahrungsbedarf von 400-600 g. Sie entnehmen jährlich über 300.000 Tonnen Fisch aus europäischen Gewässern, in vielen Mitgliedstaaten ist dies ein Vielfaches dessen, was die Binnenfischerei und Fischzucht an Speisefischen erzeugt. Besonders gravierend seien die Verluste bei ohnehin gefährdeten Fischarten wie Aal, Äsche, Nase und anderen Kieslaichern, sowie bei Junglachsen, so der Bericht. Die Netzfischerei leide zudem an direkten Schäden durch zerrissene Netze.

Der Bestand an Kormoranen habe sich im Gebiet der Europäischen Union in den letzten 25 Jahren zwanzigfach und liegt heute bei einer Mindestschätzung von 1,7 bis 1,8 Millionen Vögeln. Inzwischen kommen die Vögel auch weit außerhalb ihrer traditionellen Brutstätten in Regionen vor, in denen sie früher nie vorgekommen sind.

#### Rechtliche Möglichkeiten

Eine reguläre Bejagung des Kormorans bleibe jedoch ausgeschlossen. "Die Vogelart genießt wie alle anderen natürlich vorkommenden Arten im Regelfall fast absoluten Schutz", so Kindermann. Die Mitgliedstaaten können allerdings "zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigebieten und Gewässern" von diesen strengen Schutzmaßnahmen abweichen. Derzeit gebe es innerhalb der EU jedoch keine ausreichende bilaterale und multilaterale Koordinierung auf wissenschaftlicher und administrativer Ebene, um dieses Phänomen zu erfassen und dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die bisher versuchten nationalen, regionalen und lokalen Maßnahmen hätten zudem nachweislich nur sehr begrenzte Wirkung zur Eindämmung von Schäden durch die Kormoran-Populationen gehabt.

#### Gemeinsamer Ansatz notwendig

Ein gemeinsamer, rechtlich verbindlicher Ansatz sei daher nicht nur begrüßenswert, sondern "unbedingt erforderlich", und würde nicht zuletzt allen beteiligten Interessensgruppen mehr Rechtssicherheit garantieren. Der Bericht fordert deshalb die Förderung regelmäßiger wissenschaftlicher Erhebungen über Kormorane. Von der Kommission verlangen die Abgeordneten, ein wissenschaftliches Projekt auszuschreiben und zu finanzieren, das ein Schätzmodell für die Größe und Struktur der Kormoran-Gesamtpopulation liefern soll. Verstärkte Koordination, Kooperation und Kommunikation auf wissenschaftlicher und administrativer Ebene könnten ein nachhaltiges Management der Kormoranbestände fördern. Ein mehrstufiger europäisch koordinierter Bestandsmanagementplan könne die Kormoranbestände langfristig in die Kulturlandschaft integrieren. Alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel seien deshalb zu prüfen und die im EU-Haushaltsplan zur

Verfügung stehenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

*Berichtersteller: Heinz KINDERMANN (SPD)*

*Bericht: (A6-0434/2008) - Europäischer Kormoran-Managementplan zur Reduzierung der zunehmenden Schäden durch Kormorane für Fischbestände, Fischerei und Aquakultur*

*Verfahren: INI (Initiativbericht)*

*Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 4.12.2008*

## Entwurf der Tagesordnung für die Tagung

**Entwurf der Tagesordnung**  
Plenarsitzung vom 3. - 4. Dezember 2008

### Mittwoch, 3. Dezember 2008

15:00 - 24:00	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wiederaufnahme der Sitzungsperiode und Arbeitsplan</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärungen des Rates und der Kommission - Vorbereitung des Europäischen Rates (11./12. Dezember 2008)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfragen zur mündlichen Beantwortung - Die künftige globale Architektur der Finanzmärkte und ein Plan der EU zur Sanierung der Wirtschaft Pervenche Berès (O-0124/2008 , O-0125/2008 - B6-0487/2008)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärungen des Rates und der Kommission - Europäische Roma-Strategie</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aussprache - Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft               <ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Véronique De Keyser (A6-0436/2008) - Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft</li> </ul> </li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärungen des Rates und der Kommission - Teilnahme des Staates Israel an den Programmen der Gemeinschaft</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Verbesserung des Umfelds für KMU in Europa: Small Business Act Edit Herczog, Nicole Fontaine (O-0113/2008 - B6-0485/2008)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärung des Rates - Waffenausfuhren (Verhaltenskodex)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Gay Mitchell (A6-0396/2008) - Krisenreaktionsfazilität zur Bewältigung des drastischen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise in Entwicklungsländern</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aussprache - Bekämpfung des Steuerbetrugs               <ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: José Manuel García-Margallo y Marfil (A6-0448/2008) - Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen (gemeinsames MwSt.-System)</li> </ul> </li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: José Manuel García-Margallo y Marfil (A6-0449/2008) - Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Bart Staes (A6-0427/2008) - Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (Sonderbericht Nr. 8/2007 des Rechnungshofs)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Durchführung von REACH Guido Sacconi, Satu Hassi, John Bowis, Chris Davies, Jens Holm, Johannes Blokland (O-0131/2008 - B6-0490/2008)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Zita Gurmai (A6-0435/2008) - Situation der Frauen auf dem Balkan</li> </ul>

### Donnerstag, 4. Dezember 2008

8:30 - 11:20	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärungen des Rates und der Kommission - Stand der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket</li> </ul>

# Plenartagung

11:30 - 12:00	
	• Feierliche Sitzung - Dalai Lama
12:00 - 13:00	
	• Abstimmungen

## Codes der parlamentarischen Verfahren

<b>A-Reihe</b>	Berichte und Empfehlungen
<b>B-Reihe</b>	Entschlüsse und mündliche Anfragen
<b>C-Reihe</b>	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
**	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
**	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
***	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
***	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
***	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

## Abkürzungen

<b>BG</b>	Bulgarien	<b>IE</b>	Irland	<b>AT</b>	Österreich
<b>BE</b>	Belgien	<b>IT</b>	Italien	<b>PL</b>	Polen
<b>CZ</b>	Tschechische Republik	<b>CY</b>	Zypern	<b>PT</b>	Portugal
<b>DK</b>	Dänemark	<b>LV</b>	Lettland	<b>RO</b>	Rumänien
<b>DE</b>	Deutschland	<b>LT</b>	Litauen	<b>SI</b>	Slowenien
<b>EE</b>	Estland	<b>LU</b>	Luxemburg	<b>SK</b>	Slowakei
<b>EL</b>	Griechenland	<b>HU</b>	Ungarn	<b>FI</b>	Finnland
<b>ES</b>	Spanien	<b>MT</b>	Malta	<b>SE</b>	Schweden
<b>FR</b>	Frankreich	<b>NL</b>	Niederlande	<b>UK</b>	Vereinigtes Königreich

## Fraktionen

<b>EPP-ED</b>	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
<b>PES</b>	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
<b>ALDE/ADLE</b>	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
<b>Greens/EFA</b>	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
<b>GUE/NGL</b>	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
<b>IND/DEM</b>	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
<b>UEN</b>	Fraktion Union für das Europa der Nationen
<b>FL</b>	Fraktionslos

## Fraktionen im Europäischen Parlament

	EVP-ED	SPE	ALDE	UEN	GRÜNE/ FEA	VEL/ NGL	IND/ DEM	FL	Gesamt
<b>BE</b>	6	7	6		2			3	<b>24</b>
<b>BG</b>	5	5	5					3	<b>18</b>
<b>CZ</b>	14	2				6	1	1	<b>24</b>
<b>DK</b>	1	5	4	1	1	1	1		<b>14</b>
<b>DE</b>	49	23	7		13	7			<b>99</b>
<b>EE</b>	1	3	2						<b>6</b>
<b>IE</b>	5	1	1	4		1	1		<b>13</b>
<b>EL</b>	11	8				4	1		<b>24</b>
<b>ES</b>	24	24	2		3	1			<b>54</b>
<b>FR</b>	18	31	10		6	3	3	7	<b>78</b>
<b>IT</b>	24	17	12	13	2	7		3	<b>78</b>
<b>CY</b>	3		1			2			<b>6</b>
<b>LV</b>	3		1	4	1				<b>9</b>
<b>LT</b>	2	2	7	2					<b>13</b>
<b>LU</b>	3	1	1		1				<b>6</b>
<b>HU</b>	13	9	2						<b>24</b>
<b>MT</b>	2	3							<b>5</b>
<b>NL</b>	7	7	5		4	2	2		<b>27</b>
<b>AT</b>	6	7	1		2			2	<b>18</b>
<b>PL</b>	15	9	6	19			3	2	<b>54</b>
<b>PT</b>	9	12				3			<b>24</b>
<b>RO</b>	18	10	6		1				<b>35</b>
<b>SI</b>	4	1	2						<b>7</b>
<b>SK</b>	8	3						3	<b>14</b>
<b>FI</b>	4	3	5		1	1			<b>14</b>
<b>SE</b>	6	5	3		1	2	2		<b>19</b>
<b>UK</b>	27	19	11		5	1	8	7	<b>78</b>
<b>Gesamt</b>	<b>288</b>	<b>217</b>	<b>100</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>22</b>	<b>31</b>	<b>785</b>